

# Bundes- und Europapolitik

## Infobrief

Dieser Infobrief sollte bereits kurz vor Weihnachten erscheinen. Unter dem Eindruck einer neuen Flüchtlingswelle wollten wir das Motto des Journalisten Timo Frasch „Über Migration reden“<sup>1)</sup> aufgreifen und uns der angesprochenen Thematik widmen. Doch in welcher Form kann angemessen über Migration, Flüchtlinge und Einwanderung diskutiert werden? Die ausgearbeiteten Textentwürfe lösten unterschiedliche Reaktionen aus. Einerseits gab es die Ansicht, die Regierungspolitik wird zu zurückhaltend beschrieben, andererseits gab es die Einschätzung, die Texte könnten als zu „rechts“ ausgelegt werden. Diese Bandbreite verdeutlicht: Migration und Flucht sind toxische Themen. Jetzt haben die Ereignisse in der Silvesternacht eine neue Diskussion angefacht, die alt Bekanntes aber auch überraschende Aspekte hervorgebracht hat.

- 1) Über Migration reden
- 2) Warum sich Hass auf die Gesellschaft in Gewalt entlädt
- 3) Abschiebungen, neue Flüchtlingsströme und kommunale Sorgen
- 4) Schulpolitik und Integration: Deutschlernern und mehr Personal
- 5) Was denkt Deutschland?
- 6) Archiv 2022

1) <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-tat-von-illerkirchberg-ueber-migration-reden-18522820.html>



NR. 15, 10. JANUAR 2023

Bernd Barutta, FW Landesvereinigung  
Baden-Württemberg

## Über Migration reden

### Die vielfältigen Herausforderungen einer modernen Einwanderungsgesellschaft

Mehrere Ereignisse in den vergangenen Wochen haben die Debatten über Flüchtlinge und Asylanten, über Migration und Integration, über pauschale Verdächtigungen und Rassismuskulte erheblich angeheizt. Kaum ein Tag, an dem die Medien nicht mit kritischen Analysen aufwarteten. Dabei ist die Tendenz eindeutig: Unsere Gesellschaft, unsere politische Führung ist mit der Bewältigung der Herausforderungen massiv überfordert. Dabei befanden sich bis zum Jahreswechsel vier Aspekte im Zentrum: Fehlende Notunterkünfte, fehlendes Personal, fehlende Betreuungsplätze, leere Abschiebeversprechen. Die Krawalle in der Silvesternacht in Deutschlands Großstädten richteten den Blick auf einen weiteren Brennpunkt: Gibt es Grenzen der Integrationsfähigkeit?

## Warum sich Hass auf die Gesellschaft in Gewalt entlädt

### Migration spielt eine Rolle / Neue Töne von Innenministerin Faeser

Am Neujahrstag folgten die üblichen Reflexe auf die Silvester-Gewalt in Deutschlands Großstädten. Während Polizei und Hilfskräfte recht schnell verdeutlichten, dass rund zwei Drittel der Gewalttäter einen Migrationshintergrund haben, warnten Linke und Grüne wie immer vor pauschalen Verdächtigungen. Nicht der Migrationshintergrund sei entscheidend für Gewaltbereitschaft, sondern der desolate Lebenssituation der Menschen, die fehlende Perspektive. Die Integrationsbeauftragte des Bundes, Alabali-Radovan (SPD), warnte, vor Stigmatisierung anhand der Herkunft.



Berlin war erneut Schauplatz der heftigsten Krawalle. Ein Schwerpunkt der Gewaltnacht lag in der Berliner Sonnenallee. Eine fünf Kilometer lange Straße die sich quer durch Neukölln bis nach Treptow im Ostteil der Stadt zieht. Die Straße gilt bei Berlinern auch als „arabische Straße“, denn sie ist das Zentrum von Libanesen, Palästinensern und Syrern. Die Berliner Morgenpost spricht schon 2010 von einem „eigenen Planeten“. Die Straße bildet ihr eigenes Milieu. Eine Welt aus arabischen Läden und arabischer Gastronomie, Deutschland ist hier nur Gast, und das gilt auch für deutsche Ordnungskräfte. Ein Mikrokosmos, in dem sich viele ausländische Jugendliche eingerichtet haben. Oder wie es die Neuköllner Integrationsbeauftragte Güner Balci sagt: „Ich glaube, dass ... sich *die Jugendlichen* sehr integriert fühlen in das Milieu, in dem sie leben.“

Doch genau das, was Güner Balci anspricht, ist das Problem: Die Jugendlichen lieben ihr Milieu, verachten aber gleichzeitig die deutsche Gesellschaft. Gründe dafür gibt es mehrere: Falsche Wohlstandserwartungen an die Gesellschaft, traditionelle Werte und patriarchalisches Verhalten, das sich mit der liberalen deutschen Gesellschaft nicht in Einklang bringen lässt. Es endet in Ablehnung und Hass auf alles Deutsche sowie auf die Repräsentanten des Staates. Am

Ende entlädt sich alles in Gewalt. Die Nähe zur salafistischen Al-Nur-Moschee sei ein Teil des Problems, so Balci weiter. Für sie gebe es im Viertel eine „fatale Kombination aus Gewalt, Frauenverachtung und fehlendem Sinn für individuelle Verantwortung“. Es ist daher auch kein Wunder, dass mit Syrern und Afghanen die Mehrzahl der krawallmachenden Migranten aus islamisch-arabisch geprägten Ländern stammt.

Während Berlins Senat die Situation in rosigen Farben darstellt und Gesprächsrunden ankündigte, kommt Überraschendes aus dem Munde von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD): "Wir haben in deutschen Großstädten ein großes Problem mit bestimmten jungen Männern mit Migrationshintergrund, die unseren Staat verachten, Gewalttaten begehen und mit Bildungs- und Integrationsprogrammen kaum erreicht werden.“ Und sie fordert: "Wir müssen gewaltbereiten Integrationsverweigerern in unseren Städten klar die Grenzen aufzeigen: mit harter Hand und klarer Sprache“. Es dämmert der Politik, dass nicht jeder Migrant eine Bereicherung für eine liberale, demokratische Gesellschaft ist.

Endlich darf gesagt werden und wird von höchster Regierungsstelle erkannt, dass bei manchen Migranten sozialpädagogische Ansätze ins Leere laufen und Integrationsverweigerung grassiert. Als FREIE WÄHLER können wir nur hoffen, dass die angekündigten Konsequenzen auch in entsprechenden Strafverfahren enden. Allzu oft folgen den Ankündigungen nur samtweiche Reaktionen. Vor allem richten wir auch an die Justiz den Appell, Gewaltexzesse wie in der Silvesternacht schnell und mit eindeutigen Strafen zu ahnden, hier den gesetzlichen Rahmen auszuschöpfen, anstatt mit relativierenden Argumenten zu milde Urteile zu fällen.

Quellen: <https://www.n-tv.de/politik/Faeser-will-Nationalitaet-von-Silvester-Randalierern-scannen-article23822787.html>; DIE ZEIT, „Im falschen Film“, 5. Januar 2023, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article243008385/Silvester-Integrationsbeauftragte-warnt-vor-Generalverdacht-gegen-Migranten.html>, <https://www.morgenpost.de/berlin/article104400427/So-laeuft-ein-Tag-auf-dem-Planeten-Sonnenallee.html>

## **Abschiebungen, neue Flüchtlingsströme und kommunale Sorgen**

### **Falsche Ankündigungen, Verzweifelte Städte und Gemeinden**

Es bleibt zu hoffen, dass die klaren Aussagen der Innenministerin zu den Konsequenzen aus den Gewalttaten in der Silvesternacht Bestand haben. Denn oftmals folgt nach markigen Ankündigungen kein entsprechendes Handeln. Der Berliner Politikwissenschaftler lässt sich mit Blick auf die Landtagswahl in Hessen mit den Worten zitieren: „Das ist alles bloß Wahlkampf!“

In der aktuellen Not der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen wird auch ein anderes Dilemma deutlich: Abschiebungen – auch von Gewalttätern - gibt es kaum. Zur konsequenten Ahndung von Straftaten gehören auch Abschiebungen. Kritik entzündet sich daran, dass die Bundesregierung nicht in der Lage ist, die angekündigten Maßnahmen umzusetzen. Als die Ampel-Koalition 2021 den Koalitionsvertrag ausarbeitete, widmete sie ein Kapitel der Asylpolitik. Darin sollte Geduldeten die Eingliederung in den Arbeitsmarkt erleichtert werden, andererseits pochten SPD und FDP auf eine „Rückführungsoffensive“.

Liberalisierung der Einwanderungspolitik auf der einen, konsequente Abschiebungen auf der anderen Seite.

Doch die Abschiebungsperspektive blieb eine Illusion. Heute leben in der Bundesrepublik mehr als 300.000 Menschen, die ausreisepflichtig sind, doch kaum mehr als zwei Prozent (6.198) wurden von Januar bis Juni 2022 wirklich ausgewiesen. Mit ihrer angekündigten Rückführungsoffensive versuchte die Koalition Handlungsfähigkeit zu beweisen, doch in Wahrheit ist es eine Beschwichtigungskampagne. Ein besonders perfider Fall fehlender Abschiebep Praxis wurde erst im Zusammenhang mit der Tötung eines 14-jährigen Mädchens in Illerkirchberg durch einen eritreischen Flüchtling bekannt: Ein Afghane, der 2019 eine Minderjährige im gleichen Ort vergewaltigt hatte, konnte nach einem Urteil des Amtsgericht Karlsruhe nach der Verbüßung seiner Haftstrafe nicht abgeschoben werden, sondern wurde wieder in Illerkirchberg in einer Flüchtlingsunterkunft untergebracht. Wie können dies staatliche Stellen diesen Zustand akzeptieren, fragte Baden-Württembergs Justizministerin Marion Gentges mit Blick auf das Bundesinnenministerium.

Die deutsche Politik ist in einer Glaubwürdigkeitskrise: Sie kündigt Abschiebungen an, realisiert sie jedoch nicht. Gleichzeitig kamen in den letzten zwölf Monaten rund 200.000 neue Asylbewerber hinzu – und die Zahl ist steigend, erreicht neue Höchstwerte (ohne Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine). Kommunen und Landkreise sind in extremen Nöten. Aufnahmekapazitäten fehlen und darüber hinaus prallen die Interessen der Flüchtlinge mit denen der heimischen Wohnungssuchenden bei knappem Wohnraum aufeinander. Kapazitäten für die Unterbringung von Flüchtlingen sind in den Kommunen erschöpft und Abhilfe ist nicht in Sicht. Eine toxische Mischung.



*Kommunen brauchen Hilfe, um die Engpässe bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu überwinden.*

Verständlich und von den FREIEN WÄHLERN unterstützt ist die Forderung der Kommunen und Landkreise, zusätzliche Finanzmittel von Bund und Ländern zu erhalten. Andernfalls werden die Zustände weiter eskalieren und am Ende wieder Turnhallen als Notunterkünfte missbraucht. Nach der Flüchtlingskrise und der Corona-Pandemie würde zum dritten Mal das Sporttreiben von Kindern und Jugendlichen massiv behindert. Ein Tatbestand, der von allen gesellschaftlichen und politischen Institutionen unbedingt vermieden werden sollte, da Bewegung für die soziale Entwicklung des Nachwuchses unabdingbar ist.

Der Chefredakteur des Politmagazins Cicero überschreibt einen Leitartikel frustriert mit den Worten „Nichts gelernt“. Die Aussage der Politik, „2015 darf sich nicht wiederholen“, erweist sich als leeres Versprechen.

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/036/2003614.pdf>, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-tat-von-illerkirchberg-ueber-migration-reden-18522820.html>, <https://www.zeit.de/2022/49/abschiebung-ausreisepflicht- asyl-migrationspolitik-ampelkoalition> ; <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/vergewaltiger-von-2019-zurueck-in-illerkirchberg-100.html> ;

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/vergewaltiger-von-2019-zurueck-in-illerkirchberg-100.html>, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/erst-links-jetzt-beinhart-das-steckt-hinter-nancy-faesers-klartext-aussagen-82510402.bild.html>, <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/bw-justizministerin-setzt-sich-fuer-abschiebung-von-vergewaltiger-ein-100.html>

## Schulpolitik und Integration: Deutschlernen und mehr Personal

### Grundschulen in Nöten / Der Lehrermangel zementiert soziale Ungerechtigkeit



Symbolbild – Quelle: [svklimkin](#) / Pixabay

Die Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) hat zum Abschluss ihrer Sitzung am 9. Dezember 2022 erneut Forderungen zur Verbesserung der Situation in den Grundschulen formuliert. Diese Stärkung ist auch dringend erforderlich. Doch – selbst wenn die Ansätze ernsthaft umgesetzt werden – wird es Jahre dauern, bis sich die Situation an deutschen Schulen spürbar verbessert. Die öffentliche Debatte in den Medien konzentrierte sich nach der KM-Konferenz vornehmlich auf den Anspruch, die grundlegenden Kompetenzen Deutsch und Mathematik stärker zu vermitteln, denn Deutschlands Kinder erreichen in diesen Fächern vielfach nicht die Mindeststandards.

Die medial mit großer Aufmerksamkeit bedachten Beschlüsse der KMK blenden jedoch einen gravierenden Umstand weitgehend aus: den extremen Lehrermangel an Deutschlands Schulen. Über alle Schulformen hinweg fehlen in der Bundesrepublik 81.000 Lehrkräfte. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Lehramtsabschlüsse an den Universitäten. Mehr Deutsch und Mathe an Deutschlands Schulen werden sich bei dieser Mangelwirtschaft nicht verwirklichen lassen. Der Forderungskatalog der KMK ist somit eher ein PR-Coup. Zum gleichen Schluss kommt die Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ), die mehr Personal fordert. In der Erklärung der KMK kommt dieser Punkt allerdings erst als 19. von 20 Punkten.

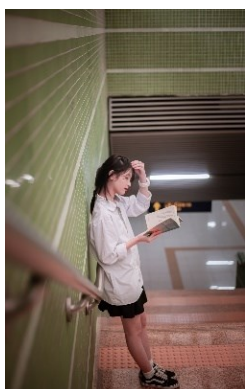
Im Durchschnitt verlassen mehr als 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Grundschule mit nicht ausreichenden Mathematik-Kenntnissen. In Deutsch ist es nicht viel besser, in manchen Regionen ist es erheblich dramatischer. Besonders unzureichend stellt sich die Situation an den pädagogischen Brennpunkten in Deutschland dar. Beispielsweise das Ruhrgebiet: Der größte Ballungsraum der Republik ist auch die größte pädagogische Krisenregion des Landes. Die Wochenzeitung DIE ZEIT beschreibt beispielhaft die Lage an einer Grundschule in Dortmund: 416 von 420 Schülern haben einen Migrationshintergrund, 94 Prozent der Eltern bekommen „Hilfe vom Amt“. In einem solchen Umfeld kann kein Bildungserfolg ohne gezielte Unterstützung gelingen.

Die Lage ist schwierig, denn kaum ein Lehrer bewirbt sich an einer solchen Schule. Die meisten Lehrer an der Dortmunder Schule lassen sich aber durch die Umstände nicht entmutigen. Wenn es notwendig ist, holen sie vor Schulbeginn die Schüler am Marktplatz ab, damit sie zum Unterricht erscheinen oder sie bemühen sich, Familien zu überzeugen, ihre Kinder, die am Ende

der Sommerferien fehlen, weil sie im Heimatland geblieben sind, wieder zurückzuholen und in den Schulalltag einzugliedern.

An diesen Orten sinken die Chancen auf eine erfolgreiche Schullaufbahn: Ein bisschen Lesen, ein bisschen Rechnen, ein wenig soziales Lernen. Was nützt da eine schulpolitische Kampagne für mehr Lesen und Rechnen im Unterricht, wenn kaum ein Lehrer seine Zukunft in einer solchen Umgebung sieht und einen großen Bogen um diesen Winkel des deutschen Bildungssystems macht. Die RNZ schreibt: „Gute Bildung ist Glückssache geworden“.

Eine wichtige Erkenntnis scheint zu sein, dass die deutsche Sprache bereits vor dem Beginn der Schule erlernt werden muss. Wie Untersuchungen in Hessen gezeigt haben, lohnt es sich, in



Symbolbild – Quelle: [Minh Bui](#) / Pixabay

Vorschulklassen die Landessprache zu lernen. Das Motto lautet: „Einschulung für alle, die Deutsch können“.

Die deutsche Sprache ist das entscheidende Bindeglied in Schulklassen, die in der Mehrzahl aus Migrantenkindern bestehen, wenn Schülerinnen und Schüler aus ganz unterschiedlichen Kulturkreisen zusammenkommen.

Das 20-Punkte-Programm der Kultusministerkonferenz ist daher auch mehr ein intellektuelles Sammelsurium von Forderungen statt praxisorientierter Beschlüsse. Deutschland benötigt massiv mehr Pädagogen, eine epochale Ausbildungsoffensive. Dafür setzen wir FREIE WÄHLER uns ein. Unser Land ringt um mehr Fachkräfte, lässt aber gleichzeitig das im Land befindliche Potential verkümmern. Und die Gefahr, dass die Kinder und jungen Menschen schlussendlich wieder auf den unteren Stufen der sozialen Leiter enden, ist groß. Sie fördert zusätzlich soziale Konfliktpotentiale.

Übrigens: Die besten Noten im IQB-Bildungstrend<sup>1</sup> erhalten bayerische Grundschulen. Das Bundesland, in dem die FREIEN WÄHLER den Kultusminister stellen. Baden-Württemberg mit Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) verfehlt dagegen die Mindeststandards in erheblich höherem Maße. Dies wird von den Verantwortlichen u.a. damit begründet, dass im Südwesten mehr Migranten leben als in anderen deutschen Regionen.

Quellen: <https://www.kmk.org/presse/pressearchiv/mitteilung/swk-empfehl-konzentration-auf-basale-kompetenzen-in-der-grundschule.html>, <https://www.rnz.de/politik/hintergrund/artikel,-arid,1018503.html>, <https://www.zeit.de/2022/51/personalmangel-schulen-unterrichtsausfall-daten>; <https://www.zeit.de/2022/43/schulbildung-ruhrgebiet-bildungsarmut-nrw-koalitionsvertrag>; <https://www.zeit.de/2022/46/fluechtlinge-schule-integration-bildungspolitik>; [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_6707](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_6707); <https://km-bw.de/Lde/startseite/service/2022-10-17-IQB-Bildungstrend-2021-Landesergebnisse-fuer-Baden-Wuerttemberg-liegen-vor>; <https://www.km.bayern.de/pressemitteilung/12229/iqb-bildungstrend-bayern-mit-spitzenwerten-in->

---

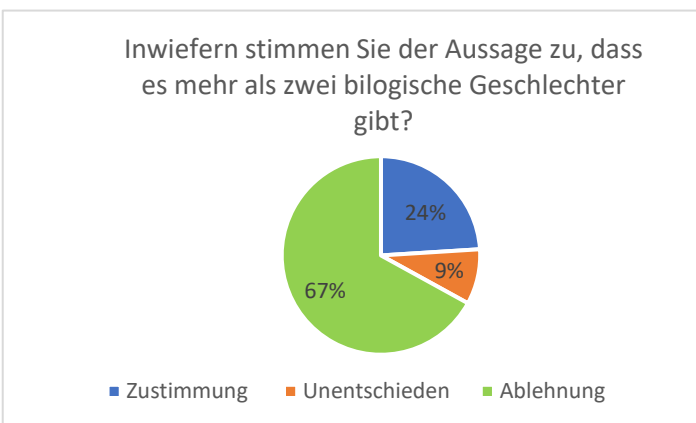
<sup>1</sup> Der IQB-Bildungstrend 2021 wurde vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) zum dritten Mal im Auftrag der Kultusministerkonferenz durchgeführt und untersucht, inwieweit Viertklässlerinnen und Viertklässler die bundesweit geltenden Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz (KMK) in den Fächern Deutsch und Mathematik für den Primarbereich in den Ländern erreichen.

## Was denkt Deutschland?

Das Meinungsforschungsinstitut Civey hat die Bürgerinnen und Bürger befragt

DIE ZEIT wollte es genau wissen. Was denkt die Republik über Themen, die in der öffentlichen Diskussion 2022 eine wichtige Rolle spielten. Dabei war interessant, wie die Menschen insbesondere über die gesellschaftlichen *Aufreger* des abgelaufenen Jahres urteilen.

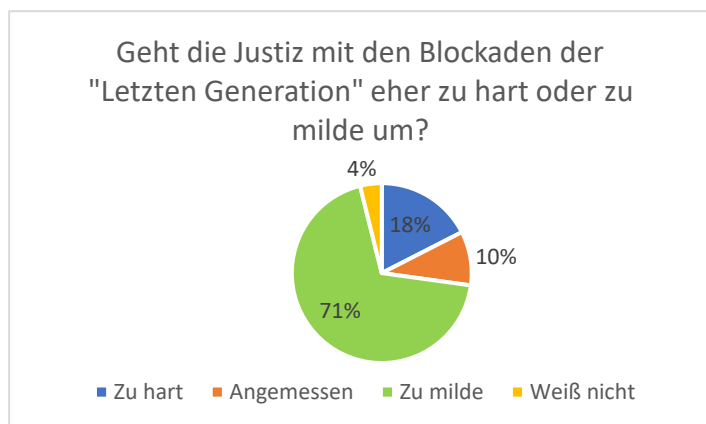
So gab es bei der Frage, ob es neben Mann und Frau weitere biologische Geschlechter gibt, ein eindeutiges Votum. Mehr als zwei Drittel sagten „Nein“.



den 18- bis 29-jährigen die wenigsten Befragten glauben, es gibt mehr als zwei Geschlechter. Ironisch wurde im begleiteten Artikel formuliert, diese Altersgruppe stünde noch maßgeblich unter dem Einfluss des traditionellen Biologieunterrichts der Schulzeit.

Autor Martin Spiewak führt weiter aus, der Mensch bestehe nicht nur aus

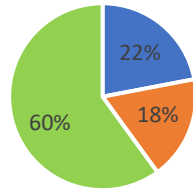
Chromosomen, Hormonen und Genitalien, deshalb greife die biologische Definition von Mann oder Frau zu kurz. Neben der biologischen Wirklichkeit gebe es Identitäten, Gefühle und soziale Rollen. Das ist richtig, doch es ist kein Argument, das die Feststellung von lediglich zwei biologischen Geschlechtern widerlegt.



Der Autor Heinrich Wewfing, der die juristische Bewertung der Straftaten der „Letzten Generation“ bewertet, lässt Sympathien für die Klebeaktivisten erkennen. Doch Volkes Meinung weicht davon ab. Frauen und Männer sind von Straßenblockaden oder dem Festkleben an Museumsbildern genervt. Aus ihrer Sicht geht Klimaschutz anders.

Aufreger Nummer drei bildeten die Verbotsdiskussionen über den Partysong „Leyla“ und der neuen Winnetou-Film. Für die meisten Bürgerinnen und Bürger hat die Diskussion über Sommerfeeling und Kinderhelden unsere Gesellschaft nicht achtsamer gegenüber Rassismus oder Diskriminierung gemacht. Möglicherweise sieht die Mehrheit der Bundesbürger die Debatten schlichtweg als unsinnig an. Gleichwohl fordert die Bayreuther Rassismusforscherin, Arndt, man solle jedoch darüber reden, warum ein Song erfolgreich ist, der Frauen auf Ihren Körper und Sex reduziert. Bleibt die Frage, ob sich mitsingende Zuhörer überhaupt die Frage

Zeigt der Streit um "Layla" und Winnetou, dass das Land 2022 sachtsamer, gar "Woker" wurde?



■ Ja ■ Unentschieden ■ Nein

stellen, ob hier bewusster Sexismus vorliegt, oder ob sie jenseits von Political Correctness einfach nur amüsieren und gute Stimmung haben wollen.

Quelle: Die Zahlen stammen aus Folgendem Artikel:

<https://www.zeit.de/2023/01/streitpunkte-2022-meinungsumfrage>

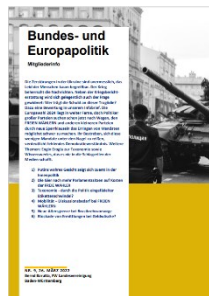
## Archiv: Alle Ausgaben des Jahres 2022 zum Nachlesen:



[Ausgabe 7, Februar 1](#)



[Ausgabe 8, Februar 2](#)



[Ausgabe 9, März](#)



[Ausgabe 10, Mai](#)



[Ausgabe 11, Juni](#)



[Ausgabe 12, Juli](#)



[Ausgabe 13, September](#)



[Ausgabe 14, Oktober](#)